

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizer Frauenblatt : Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur**

Band (Jahr): **55 (1973)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STFB Schweizer Frauenblatt

Aus dem Zeitschriftenverlag Stäfa
Redaktion, Abonnemente, Inserate: 8712 Stäfa, Tel. 01.73 81 01

Das Magazin der engagierten Frau
für Fraueninteressen und Konsumentenfragen

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1973 über die konfessionellen Ausnahmeartikel

Für die Aufhebung

Von Nationalrätin Hanna Sahlfeld-Singer

Die Gegner einer Aufhebung der Artikel 51 und 52 pflegen vor allem darauf zu beharren, dass es sich bei diesen Artikeln nicht etwa um konfessionelle Ausnahmeartikel handle, sondern um Staatsschutzartikel. Sie dienen neben dem Schutz des Staates auch der Erhaltung des konfessionellen Friedens und seien daher beizubehalten.

Nun steht diese Argumentation schon historisch auf recht wackligen Füßen. Die Historiker sind sich heute weitgehend einig, dass Jesuiten und Klöster im vorigen Jahrhundert nicht etwa eine echte Gefahr für den schweizerischen Bundesstaat darstellten, sondern dass sie als Sündenbock gebraucht wurden.

Es muss jedoch ganz klar gesagt werden, dass es am 20. Mai nicht um eine historische Frage geht, sondern einzig und allein darum, ob Jesuiten und Klöster heute - 1973! - Staatsgefährdung und Störung des konfessionellen Friedens vorgeworfen werden kann. Nur dann, wenn für diesen Vorwurf heute positive Beweise beigebracht werden könnten, könnte man mit einem Schein des Rechts für die Beibehaltung dieser Artikel eintreten. Selbst dann nur mit einem Schein des Rechts - weil auch dann noch das fundamentale Prinzip der Rechtsgleichheit verletzt würde. Denn nicht einmal die schweizerischen Nazi - seinerzeit für die staatliche Existenz der Schweiz eine ungleich grössere Gefahr bedeuteten - waren jemals durch einen Verfassungsartikel verboten. Damit sind die Artikel 51 und 52 ganz klar Ausnahmerecht - selbst wenn die Vorwürfe der Staatsgefährdung und der Störung des konfessionellen Friedens zu Recht erhoben würden.

Nun ist es aber völlig absurd, den Jesuiten und den Klöstern heute Staatsgefährdung und Störung des konfessionellen Friedens vorzuwerfen. Wer es doch tut, der muss konsequenterweise die gleichen Vorwürfe der katholischen Kirche als ganzer machen, da sich die Jesuiten und andere katholische Orden theologisch, in ihrem Verhältnis zum Staat und in ihrem Verhältnis zu anderen Konfessionen, in nichts von den verbindlichen Lehraussagen der katholischen Kirche als solcher unterscheiden. Darauf läuft denn auch in der Tat die Agitation der Gegner hinaus. Sie sind in ihrer Mehrheit nicht am konfessionellen Frieden und am Ausgleich bestehender Gegensätze interessiert, sondern im Gegenteil gerade am Bestehen konfessioneller Spannungen. Oder wie soll man sonst den Satz in einem ihrer Pamphlete verstehen: «Die neueste Parole der Gegenreformation lautet „Okumene“?». Mit solchen verleumdenden Sätzen stören sie den konfessionellen Frieden!

Das genannte Pamphlet haut auch sonst kräftig daneben und hält seine Leser offenbar für sehr dumm. So etwa, wenn es ausgerechnet für die Beibehaltung des Klosterartikels das Argument gebraucht, vor 120 Jahren sei die Schweizerbevölkerung zu zwei Dritteln protestantisch gewesen, laut

letzten Angaben aber zähle die Schweiz heute 3,1 Millionen Katholiken und 2,9 Millionen Protestanten. Damit soll offenbar den Schweizern suggeriert werden, die Wiedertzulassung und Neugründung von Klöstern führe zu einem noch stärkeren prozentualen Anwachsen des katholischen Bevölkerungsteils. Schweizerbürger aufgepasst! Mönche und Nonnen vermehren sich mehr als gewöhnliche Katholiken. ...

Aus dem gleichen Pamphlet erfährt der Schweizer auch, dass «dem Jesuitengeneral (Pedro Arrupe) eine Armee von rund 30 000 Mann zur Verfügung stehe. Schade, dass wir nicht auch erfahren, über wieviel Kanonen und Panzer diese «Armee» verfügt! Dass in dem Pamphlet auch gleich noch die Unterzeichnung der «Europäischen Menschenrechtskonvention» durch die Schweiz angegriffen wird, weil deren «Konsequenz im Falle einer Aufhebung der genannten BV-Artikel (51 und 52): mögliche Einführung der Zensur, des Telefonabhörens, der konfessionellen Staatsschulen, sowie der Todesstrafe für Aufruhr» sei, ist zwar eine pure Erfindung, aber das stört die Verfasser offenbar wenig. Wenn in dem gleichen Pamphlet zum «Gebot für unsere Obrigkeit» und «für die Wahrung unserer Rechte» aufgefordert wird, so ist das - und das sage ich als evangelische Theologin und Pfarrerin

- nichts anderes als Gotteslästerung.

Ich bin mir völlig darüber im klaren, dass es im Verhältnis der Konfessionen untereinander auch heute noch ungelöste Probleme gibt. Ich denke etwa an die immer noch nicht voll befriedigend gelöste Mischehenfrage oder an das Schulproblem im Kanton Freiburg. Es gilt jedoch festzuhalten, dass sich die katholische Kirche als eine Weltkirche keineswegs durch politischen Druck aus einem kleinen Land wie der Schweiz zu weiteren Verbesserungen in der Mischehenfrage bereit finden würde und dass die gegenüber früher bereits sehr wesentlichen Verbesserungen in der katholischen Mischehenpraxis beileibe nicht auf Druck von aussen zurückzuführen sind. Und die Schulprobleme im Kanton Freiburg lassen sich im Falle einer Abschaffung der Ausnahmeartikel mit Sicherheit leichter lösen als im gegenwärtigen Falle.

Auch der viel genannte Fall Pfürtners gehört absolut nicht in diesen Zusammenhang. Vielmehr gilt es bei aller Sympathie für Pfürtners nüchtern festzuhalten, dass die Ausnahmeartikel ihm im Konflikt mit seinem Ordensgeneral (er ist Dominikaner) nichts, aber auch gar nichts helfen konnten. Weder der Staat noch die evangelische Kirche haben von einer Aufhebung der Ausnahmeartikel irgendetwas zu befürchten. Dagegen wäre ihre Bestätigung ein schwerer Rückschlag für die Idee der Rechtsstaatlichkeit. Ausnahmerecht hat in der Verfassung eines Rechtsstaates keinen Platz mehr.

Für die Beibehaltung

Von Margrit Heuss, Basel

Am 19./20. Mai findet die Volksabstimmung darüber statt, ob es den Jesuiten auch weiterhin verboten sein soll, in Schule und Kirche zu amteln.

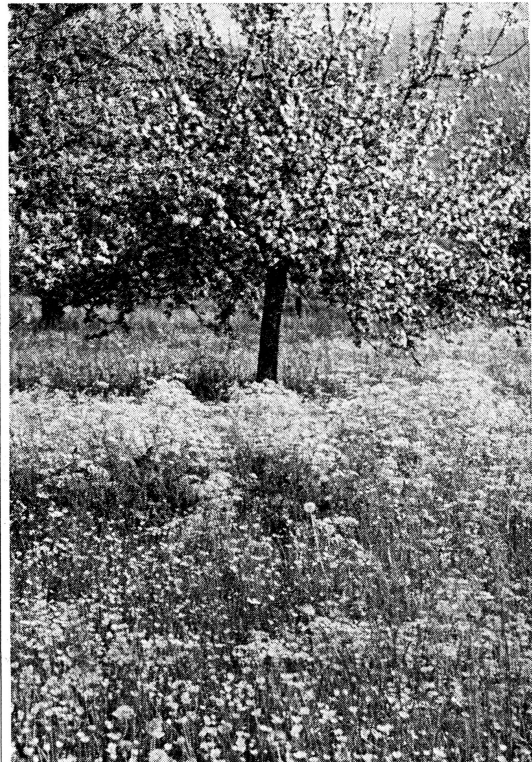
Die Jesuiten (Societas Jesu, S. J.) sind ein Mönchsorden, der ausser den drei normalen Mönchsordnungen der übrigen Orden noch ein ganz besonderes Gehorsamkeitsgelübde dem Papst gegenüber ablegt. Kirchliche Ordnung steht hier über der staatlichen Ordnung, jesuitischer Gehorsam kann also mit unserer Bundesverfassung unvereinbar sein. Grund genug, das Verbot bestehen zu lassen.

Heute zählt der Orden an die dreissigtausend Mann, eine sorgfältig ausgewählte und allerbestens geschulte Elitetruppe. Ein Jesuit formulierte 1956: «Der Jesuitenorden will eine Truppe in der streitenden Kirche sein, ein Hilfskorps in ihrem Eroberungsbereich. Notwendigkeiten fordern ihre feste Einordnung in die kirchliche Leitung, eine Biegsamkeit und Fügsamkeit unter den Willen der päpstlichen Zentralgewalt, die etwas von der straffen energischen Art eines Kriegesrechtes an sich hat.» Für den politischen Beobachter stellen demnach die Jesuiten eine Macht dar, die zu unterschätzen ein verhängnisvoller Fehler wäre. 1848 und 1874 waren die Jesuitenartikel weitgehend durch katholische Politiker in die Verfassung gekommen, um den jungen demokratischen Staat vor den Uebergriffen Roms zu schützen und um den konfessionellen Frieden zu gewährleisten.

Denn die Jesuiten haben zwei Ziele: erstens die Erziehung und Ausbildung insbesondere der zur Führung bestimmten akademischen Jugend (lies: künftige Politiker), die dann zeitweilen unter jesuitischem Einfluss bleiben im Sinne der Prinzipien Roms; zweitens den Kampf gegen die «Ketzer», wozu trotz des freundlichen Ausdrucks «getrennte Brüder» auch die Protestanten gehören. Die Abtrünnigen müssen ihrem rechtmässigen Herrn (dem Papst) wieder zugeführt werden, denn von den Jesuiten aus gesehen sind alle Getauften, mögen sie evangelische oder andere Ketzer sein, den Gesetzen der katholischen, alleinseligmachenden Kirche verpflichtet und unterworfen.

Es geht am 19./20. Mai um den Versuch, die rasch voranschreitende Re-katholisierung der Schweiz zu legalisieren, den heute herrschenden konfessionellen Frieden zu stören, der echten Okumene den Kampf anzusetzen, auf die einzelnen Menschen vermehrten religiösen Zwang auszuüben, denn die Jesuiten und der moderne demokratische Staat verhalten sich zueinander wie Wasser und Feuer.

Wenn man in diesen Tagen die Zeitungen liest oder sich am Radio und Fernsehen informieren will, bekommt man den Eindruck, die ganze Schweiz, nicht nur 50 Prozent, sei schon katholisch. Bischöfe und Redaktoren erklären, es sei nun höchste Zeit, die ver-



«De Früelig isch choo!»

(Aufnahme Karl Zimmermann)

alteten Jesuitenartikel abzuschaffen, niemand aber beweist, dass sie veraltet, dass die Jesuiten tolerant geworden seien. Jesuiten können gar nicht tolerant sein, sie geben das auch selber zu. Selten liest man einen Beitrag aus protestantischer Sicht, getragen von der grossen Sorge um die Zukunft unserer protestantischen Landeskirche.

Gegen die Manipulation durch die Massenmedien wehren sich auch viele tolerante, schweizerisch-demokratisch denkende Katholiken, die den Frieden zwischen den Konfessionen wollen. Möglich war dieser Friede, weil die Jesuiten in der Schweiz und die «Katholische Aktion» seit vielen Jahren Weisung hatten im Hinblick auf die Abstimmung vom 19./20. Mai sich ökumenisch und tolerant zu zeigen und keinerlei Aufsehen zu erregen. Nach dem 20. Mai könnte es dann sehr anders tönen - sofern das Schweizervolk auf die einseitig jesuitische Propaganda hereinfällt. Mit Sicherheit ist anzunehmen, dass den Jesuiten die Pforten der Universitäten geöffnet würden, falls sie ihr Ziel uneingeschränkt verfolgen könnten. Die Anerkennung einer weiteren katholischen Universität durch den Bund dürfte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Welcher in Rom ansässige Ordensgeneral wird dann in dieser Universität regieren? Die Forderung nach einem Weibbischofsitz in Zürich ist im Vorfeld der Volksabstimmung beschwichtigend als Sache ohne staatsrechtliche Konsequenz bagatellisiert worden. Der Einzug eines hohen katholischen Würdenträgers wäre ein neuer Beweis dafür, wie die katholische Machtposition in den noch mehrheitlich protestantischen Kantonen ausgebaut und gefestigt werden soll. Den freien Katholiken aber, die bereit sind zu konfessionellem Frieden, zu Zusammenarbeit, Toleranz und echter Okumene, denen wird man dann die Jesuiten auf den Hals hetzen. Wo bleibt dann die katholische Glaubensfreiheit?

Die Aufhebung der Jesuitenartikel ist vom politischen Standpunkt aus ein verhängnisvoller Fehler. Vom protestantisch-konfessionellen Standpunkt aus ist es ein Verrat. Mit den Katholiken kann man in Frieden leben, aber mit den Jesuiten nicht.

Innerrhodens Frauen noch immer ohne Stimmrecht

Mit grossem Mehr haben die Männer Appenzell Innerrhodens an ihrer Landsgemeinde in Appenzell die Einführung des Frauenstimmrechtes im Kanton und in den Gemeinden abgelehnt. Innerrhodens Frauen bleiben damit weiterhin nur in Bundesangelegenheiten stimmberechtigt.

Der Entscheid der Innerrhoder Männer kam in seiner Deutlichkeit, nicht aber in seiner Tendenz überraschend. Selbst die fakultative Einführung des Frauenstimmrechtes in den Schul- und Kirchgemeinden, die erst an den vorletzten Landsgemeinde gutgeheissen wurde, bedurfte zweier Anläufe, und heute noch gibt es mehrere solcher Körperschaften im Kanton, die ihren Frauen das Stimmrecht noch nicht erteilt haben.

Die Nidwaldner Landsgemeinde: eine der ruhigsten in der Geschichte

In Stans nahmen die Nidwaldnerinnen zum erstenmal an einer Landsgemeinde teil. Alle neun Sachgeschäfte wurden an einer sehr ruhigen Abstimmung mit grossem Handmehr gutgeheissen.

Die Aufhebung der Jesuitenartikel ist vom politischen Standpunkt aus ein

eidgenössische politik ganz kurz

Der Ehebruch als Scheidungsgrund

Das Bundesgericht führt an einem Tabu

Zu der im Gange befindlichen Revision des Familienrechts gehört auch das Ehescheidungsrecht.

Das Recht ist ein auf Vernunft gegründeter Pfeiler der Gesellschaft.

So sehen es zumeist die Juristen, und die Erfahrung des Alltags bestätigt diese Meinung.

Komplexe Rechtsnatur der Ehe

Hiezu gehört auch das Institut der Ehe. Rechtlich ist sie ein Vertrag.

Das Rechtsinstitut der Ehe hat indessen auch eine starke irrationale Komponente.

scheidens beim Scheitern einer Ehe. Unser traditionelles westliches Recht

Strafbarkeit des Ehebruchs

Als krasserster Verschuldungsfall gilt in unserem Ehebrech.

Diese mittelalterlich anmutende Bestimmung ist zwar meines Wissens seit langem toter Buchstabe.

Scheidungsgrund Nummer eins

Auch im Scheidungsrecht ist der Ehebruch mit dem Makel besonderer Schuldhaftigkeit versehen.

Die Urteilsfindung nach dem Buchstaben des Gesetzes unter völliger Ausserachtlassung der Ursachen und Umstände einer Rechtsverletzung

Bundesgericht ändert Praxis

Eine von ihrem Mann in jeder Hinsicht vernachlässigte Ehefrau hatte nach zweijährigen Bemühungen um die Rettung des «Lebensbundes» auf Scheidung wegen tiefer Zerrüttung geklagt.

Doch während der Prozess noch lief – der Gerichte Mühlen mahlen langsam – lernte die Frau einen anderen Mann kennen und «vergass sich».

nicht als schweres Verschulden. Schuldiger Teil ist der Ehemann, und er wird die finanziellen Konsequenzen zu tragen haben.

Historischer Entscheid

Mit diesem Urteil hat das Bundesgericht eines der letzten Relikte vorzeitlicher Rechtsauffassung beseitigt und damit begonnen, den Ehebruch

Dass dieser Schritt zu einer weiteren Verschärfung des Scheidungsrechts einer Frau zugute kam, ist wohl Zufall, aber trotzdem bemerkenswert.

Emil Kirschbaum

Porträt einer Tessiner Politikerin

Elda Marazzi, Abgeordnete im Tessiner Grossrat

Elda Marazzi stammt aus einer alten Locarnese Familie, die für die Politik sehr aufgeschlossenen war.

Ein sehr aktives Interesse nimmt Elda Marazzi seit ihrer Jugend an der Pfadfinderbewegung.

Für Politik hat sie sich von fröhe-ster Jugend an interessiert, die sozialen Fragen, mit denen sie durch ihre Arbeit in engster Berührung kam,

Seit 20 Jahren kämpfte sie intensiv für das Frauenstimmrecht, seit acht Jahren ist Elda Marazzi Kantonspräsidentin des Verbandes für Frauenrecht.

ihren Interessen sehr entgegenkommt. Auch die Fragen des Umweltschutzes liegen ihr sehr am Herzen, sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe für Umweltschutz der Freisinnigen Partei.

Vor zehn Jahren gründete sie in Locarno das Blutspendezentrum. Sie ist Vizepräsidentin der Locarnese Sektion der Freisinnigen Partei, Mitglied des Komitees Pro Infanterie sowie des



Schweizer Kinderdörfer in Israel, Kfar Hatorim, das sie auch besucht hat. Ferner gehört sie der Kommission des Locarnese Altersheims San Carlo an.

Immer aber hat Elda Marazzi Zeit zu einem Gespräch oder zu einer Besprechung, falls jemand einen Rat benötigt.

Doris Hasenfratz

gerade, dass eigene Initiative und Interessen die beste Medizin für sie sind, und wollen sich gern informieren lassen – aber wo und wie?

Zum Beispiel mit Hilfe des Fernsehens, welches von den Betagten wie eine Umfrage konzipiert wird als von der jüngeren Generation.

Der bekannte Autor staatsbürgerlicher und sozialer Fernsehfilme, Felice A. Vitali, befasst sich seit einiger Zeit eingehend mit Altersproblemen und hat soeben eine 38 Seiten starke Publikation verfasst, die auf die Fernsehansichten der Betagten sowie auf die Möglichkeiten zur Erfüllung solcher Wünsche Bezug nimmt.

(Die in kleiner Auflage erschienene Studie kann bei der Stiftung «Für das Alter» (Pro Senectute), Forchstrasse 145, 8032 Zürich, zum Selbstkostenpreis von sieben Franken bezogen werden.)

Die Juristinnen gründen eine Vereinigung

In Lausanne hat sich (wie der «Tribune» zu entnehmen ist) vor kurzen eine «Schweizerische Vereinigung der Frauen mit juristischen Berufen» gebildet unter dem Präsidium von Jacqueline Fischer.

(Association des femmes de carrières juridiques, c/o Jacqueline Fischer, Lausanne)

Erfassen der Atmosphäre

Hanni Salfinger stellte in der Galerie Max Löw in Basel aus

Die Malerin Hanni Salfinger ist in Basel keine Unbekannte. Sie hat schon verschiedene Ausstellungen besichtigt, und der Kunstkreis hat ihr nach einem anonymen Wettbewerb den Auftrag erteilt, am Felix-Platz-Spital beim Gestalten der Aussenmauer mitzuwirken.

Kürzlich hat sie in der Galerie Löw in Basel abstrakte Gemälde ausgestellt, Bilder, die an Flugaufnahmen erinnern in ihrer überlegten Zusammenfassung des Wesentlichen.

Margrit Göt

Probleme der Krankenpflege

Jahresversammlung der Schweizerischen diplomierten Krankenschwestern und Krankenpfleger in Bern

pd. Kürzlich trafen sich im Alfanzentrum Bern die 87 Delegierten des 9072 Mitglieder zählenden Schweizerischen Verbandes diplomierter Krankenschwestern und Krankenpfleger (SVDK) zu ihrer Jahresversammlung,

In ihrem Jahresbericht überblickte die Präsidentin Lilliane Bergier die Aufgaben und Probleme, die sich dem Verband im abgelaufenen Berichtsjahr gestellt haben.

Die zahlreichen Fach- und Interessengruppen des Verbandes waren auch im vergangenen Jahr sehr aktiv; sie traten anlässlich der Delegiertenversammlung noch zu Sondersitzungen zusammen: So beschäftigten sich die Operationsschwester-/-pfleger wie auch die Gemeindegewerinnen mit Ausbildungsfragen in ihrem Spezialgebiet, die Oberschwester mit ihrer Stellung in der Spitalhierarchie, die

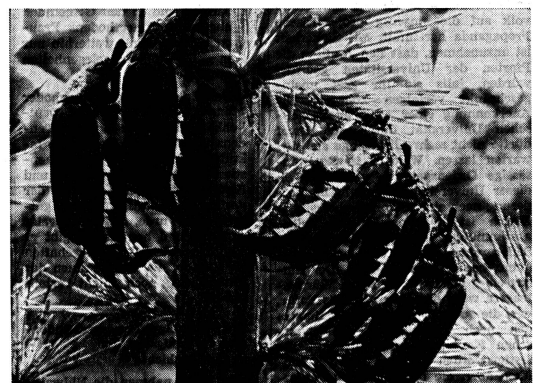
«pflegenden Schwestern» mit der besseren Zusammenarbeit zwischen Schule, Abteilung und Spitalverwaltung und mit Fragen in bezug auf das ausländische Pflegepersonal, die Lehrerinnen/Lehrer für Krankenpflege mit ihrer Selbstbeurteilung, die verheirateten Krankenschwestern mit ihrer Wiedereingliederung ins Berufsleben, die Junioren (Schülerinnen und Schüler) mit dem Aufbau eines Zusammenschlusses.

Anschliessend an die statutarischen Geschäfte fand ein Podiumsgespräch über «Stopp der Personalüberbergung im Pflegesektor» statt, an dem Vertreter der Ärzteschaft, den Spitalverwaltungen, der Gesundheitsbehörden, der Politik, des Schweizerischen Roten Kreuzes zusammen mit Vertretern der Pflegeberufe zum Personalmangel Stellung nahmen.

«Bleibt aktiv!»

Altersprogramme am Fernsehen

Der Appell «Bleibt aktiv!», immer eindringlicher ausgesprochen von Ärzten und Sozialarbeitern, fällt bei den älteren Leuten auf zusehends fruchtbareren Boden. Sie wissen nach-



Nur im Kanton Uri und in Teilen des Kantons Thurgau sind dieses Frühjahr grössere Maikäferinvasionen zu erwarten. Die populären, aber frägen Insekten entwickeln sich in Dreijahreszyklen (im Berggebiet sind es vier Jahre), wobei sie abwechselnd in verschiedenen Gebieten auftreten. Nächstes Jahr ist ein «Basler Flugjahr». 1975 liegt der Schwerpunkt des Befalls im Kanton Bern. Unser Bild zeigt Maikäfer auf einem Lärchenzweig. (C)

Ausland

Vom Kehrreichteimer bis zum Sex

Frauen im wirtschaftlichen Männerreservat - Eindrücke von der Hannover-Messe

Wie schon viele Male begleitete ich meinen Mann auch dieses Jahr an die Hannover-Messe, eine Industriemesse gigantischen Ausmasses, die Aussteller und Besucher aus der ganzen Welt alljährlich für eine kurze Zeitspanne vereint. Unsere Firma belegt einen bescheidenen Stand an dieser Ausstellung, die für unser Fachgebiet von grosser Bedeutung ist. Da ich mich leider nur zu ganz rudimentären technischen Fachkenntnissen durchgemausert habe, beschränkt sich meine Aufgabe hier auf Dolmetscherdienste, Sorge für das leibliche Wohl des Mitarbeiterenteams und der Besucher, Sekretariatsarbeiten und ganz allgemein auf eine gewisse optische Auflockerung des Standes - ein nicht eben beneidenswerter Job (was macht man nicht alles seinem Mann zuliebe). Ich teile ihn (den Job) mit einer ganzen Anzahl von Frauen auf dieser Messe

und gewinne ihm im übrigen allerlei interessante Seiten ab.

Besen und Spültrog

Ein weiterer Beitrag, den die Frauen hier sozusagen ausschliesslich leisten, ist die allabendliche Reinigung der riesigen Hallen. Unmittelbar nach Feierabend, wenn die lärmigen Maschinen schweigen und unter Tüchern verschwinden, treten die Putzquappen in Aktion - Frauen jeden Alters gehören ihnen an - und räumen, eingehüllt in dichte Staubwolken, Abfälle, Sägemehl, Flaschen, Asche und Schmutz weg.

Frauen bedienen in den billigeren Messerrestaurants - in den teureren Lokalen sind es selbstverständlich Männer; Frauen räumen die Tische ab und machen den Abwasch. Frauen im adretten uniformierten Minikostüm

schieben Hunderte von kleinen Verkaufswagen durch die wogende Menge.

Kaffee und Langeweile

Dann gibt es hier natürlich eine weitere Kategorie von Frauen: die Messebesucherinnen. Ich zweifle nicht daran, dass sie in manchen Branchen dieser Messe, vor allem in der Konsumgüterindustrie, recht gut Bescheid wissen. Hier aber, in einer der vielen Maschinenhallen, in der die Frauen nur einen verschwindend kleinen Teil der Besucher ausmachen, schreiten sie etwas hilflos, leicht staunend oder gelangweilt, an der Seite ihrer interessierten Männer die langen Reihen der Stände ab, lassen sich hie und da etwas erklären und sind froh, wenn sich der Ehemann nicht zu lange bei einer Maschine aufhält. Wenn er Verkaufsgespräche führt oder Probleme der Produktion zu besprechen hat, bekommt sie einen bequemen Sessel, und mit einem Drink, Kaffee oder Pralinés wird ihr die nötige Aufmerksamkeit gezollt.

Vor allem nackte Haut

Aber damit ist der weibliche Beitrag an dieser Messe beileibe noch nicht erschöpft. Da gibt es ja noch das weite Feld des «After Business», mit dem die kulinarischen und alkoholischen Genüsse ihren festen Platz haben, wo aber auch der Sex gross zum Zuge kommt. Er ist sozusagen allgegenwärtig auf dieser Messe, und wer ihn vergessen sollte, wird auf Schritt und Tritt durch Dutzende von nackten Frauengestalten in den Auslagen der vielen Kioske recht handfest an ihn erinnert. Die Nachfrage in diesem Sektor ist gross und wird raffiniert als absatzfördernder Faktor ins Geschäft miteinbezogen. Die Messepublikation eines Wirtschaftsmagazins nennt die Dinge ganz unverblümt beim Namen. Unter dem Titel «Messe-Sex - unworbene Hostessen» schreibt sie:

«Es ist leichter, auf der Messe freie Termine bei den Bossen der Grosskonzerne zu bekommen, als sich für den Feierabend mit einer Stand-Hostess (Tagesgage 70 bis 110 Mark) zu verabreden. Bei der Firma... beispielsweise waren die Damen schon zu Messebeginn ausgebuht. Die Manager der Firma haben gegen die Abendaktivitäten ihrer Standbesetzung nichts einzuwenden - im Gegenteil: «Die Hannover-Messe», so erläutert der Pressesprecher die Führungspraxis beim Büromaschinenhersteller... «ist eine Verkaufsmesse. Da ist die Stimmung sehr wichtig. Sie glauben gar nicht wie sich die Euphorie von Tag zu Tag steigert. Und dazu gehört eben auch, mit den Mädchen abends auszugehen.» Die attraktivsten Hostessen sind nach einhelliger Meinung in der Halle für Bürotechnik und -organisation zu finden. Dort stauen sich vor allem am Stand von... schaulustige Männer, denn die 14 Hostessen der Kopiergerätefirma sind im Hauptberuf Mannequins aus Düsseldorf.

Um genug ansehnliche Damen für die Mitarbeit anzuwerben, machte der Werbeleiter der Firma... sogar ein erhebliches Zugeständnis: Er liess die Damen die Farbe ihrer Kostüme selbst auswählen. Prompt lehnten sie die übliche Firmenfarbe Orange als zu wenig modisch ab und entschieden sich statt dessen für Rosa.»

Dazu ein Pendant unter dem Titel «Messegeschäft: Blumen-Boom»:

«Unter der Last von Fleurop-Aufträgen stöhnen die Floristen des Blumengeschäfts... Allein zum Wochenende orderten Aussteller und Messebesucher 200 Sträuße für ihre daheimgebliebenen Ehefrauen. «Das ist» - so eine Verkäuferin - «meist das schlechte Gewissen.»

Gasgeberinnen für feuchtfrohliche Messebesucher

In Hannover selbst - die Stadt zählt gegen 750 000 Einwohner, und die Zahl der Messebesucher liegt bei etwa 600 000 - wird jedes verfügbare Bett benötigt. Entsprechende Aufrufe der Messeleitung und der Stadtverwaltung ergehen an die Bewohner. Es ist wohl nicht ganz einfach, wildfremde Menschen verschiedenster Sprachen und Nationen in seinem Schlafzimmer zu beherbergen, möglicherweise jede Nacht einen ändern, und dass mit allerlei Ueberraschungen zu rechnen ist, davon vermittelt jeweils die feuchtfrohliche Stimmung in der riesigen Münchnerhalle (4000 Plätze) eine leise Ahnung. Die eigentliche Leistung der Beherbergung, ohne welche die Messe gar nicht durchführbar wäre, wird jedenfalls grösstenteils durch Hannovers Frauen erbracht.

Ja, die Frauen haben ihren Platz auf dieser Messe - wie vielerorts auch hier in den untersten Rängen. Sie füllen ihn aus den verschiedensten Gründen aus, gleichgültig, willig, beflissen, stolz oder lächelnd. *Leni Oertli*

durch! Doch sie gab am Abend erschöpft zu: «Er verdient jeden verfluchten Rappen, den er kriegt!»

Auch die Viehzüchter fühlen sich nicht verantwortlich für die hohen Fleischpreise. Das Betreiben einer Ranch ist ein hartes, riskogeladenes Unternehmen. Gerade in der Zeit des Boykotts und der ganzen Fleischpreiskontroverse wurden westliche Teile der USA von unsattemgemässen Schneestürmen heimgesucht, denen eine grosse Zahl der Jungtiere auf den entlegenen Weidplätzen zum Opfer fielen. Die Rancher behaupten, dass sie mit weniger Einkommen nicht existieren könnten. Sie sind stolz darauf, ihren amerikanischen Mitbürgern das schönste Rindfleisch der Welt auf den Teller legen zu können, einen Anspruch, den man ihnen gerne zugesteht. (Amerikaschweiner lachen nur, angeht ihnen die zähen «Schuhshölli», welche ihnen in Europa vielfach unter dem Namen Beefsteak serviert werden!) Es erstaunt die Viehzüchter auch, dass gerade Fleisch ausserkoren wurde, um ein Exempel zu statuieren. Auch andere Lebensmittel seien in letzter Zeit im Preise gestiegen. Für den Amerikaner hat aber Fleisch - besonders Rindfleisch - eine fast symbolische Bedeutung. Vielleicht hängt dies mit seiner Pionier- und Cowboyvorfahrenheit zusammen, aber vom einfachen Arbeiter bis zum reichen Industriekapitalist bedeutet Fleisch ein wichtiger Bestandteil des «good life».

Die «Mittelmänner» sind legendäre Sündenböcke und verdächtige Profitmacher. Bei der amerikanischen Fleischproduktion befinden sich Getreidehändler, Metzger und Fleischpacker in dieser Zwischenposition. Die Händler, deren Getreide das Vieh mästet, erklären, dass ihre Preise durch die kürzlichen Verkäufe an Russland hochgetrieben worden seien. Die Metzger und Fleischpacker gehören der riesigen AFL-CIO-Gewerkschaft an und können nachweisen, dass ihre Löhne und Vergünstigungen denen anderer Arbeiter vergleichbar sind. Am Ende dieser Kette stehen die Supermärkte, die ebenfalls behaupten, an der Preissteigerung nicht beteiligt zu sein. Ihre Profitmarge sei «papierdünn».

Wo ist der Sündenbock?

Vielleicht sollte man den Sündenbock «oben», nämlich bei der Regierung suchen? Doch von dort kam die enttäuschte Erklärung, die hohen Fleischpreise würden von einer Steigerung der Nachfrage erzeugt. Die Nixon-Administration sei dafür verantwortlich, dass der durchschnittliche amerikanische Konsument mehr verdiene und sich somit mehr Fleisch leisten könne. Dafür wolle man doch sicher die Regierung nicht rügen?

Es war also wieder einmal niemand schuld an den hohen Preisen. Man erwartete daher, dass der Konsument einfach brav die stetig steigenden Preise bezahle und dies irgendwie ver-

(Fortsetzung auf Seite 6)

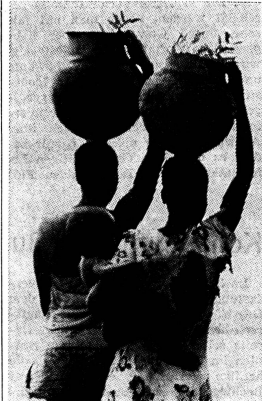
Muttertag 1973



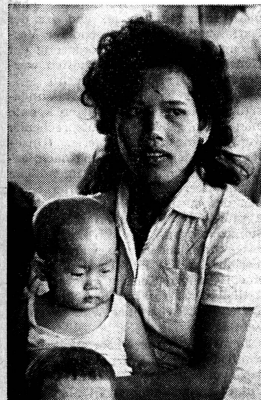
Schweiz



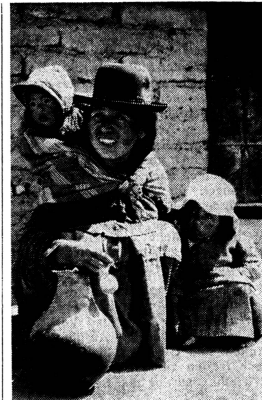
Bangla Desh



Kongo



Vietnam



Bolivien

(Aufnahmen Comet)

Steak oder Chäschüechli - das ist die Frage

Amerikas Hausfrauen demonstrieren ihre Macht mit einem Fleischboykott

Der erfolgreichste Boykott seit Lystrata begann klein und harmlos. Ende Februar plauderten zwei Hausfrauen am Telefon und schimpflich über die hohen Fleischpreise. Plötzlich kam ihnen die Idee, zu einem Fleischboykott aufzurufen. Inmitten kurzer Zeit erhielten die beiden aus dem ganzen Lande 20 000 Briefe und hunderte von Telefonanrufen von Frauen, die in ihren Städten und Dörfern mitmachen wollten. Dienstag und Donnerstag wurden als offiziell fleischlose Tage erklärt. Frauen demonstrieren mit Bannern und Plakaten und verteilen an den Eingängen grosser Supermärkte Zettel mit fleischlosen Menüvorschlagen. Die Frau von Gouverneur Wallace aus Alabama plänzte aus Protest einen Gemüsegarten vor der Residenz an. Eine Frauengruppe sammelte Berge von Kassenbons, die dem Präsidenten wie eine Lawine ins Weisse Haus gesandt wurden. Darauf verkündete er einen Preisstopp auf Fleisch.

Fleischboykott vom 1. bis 8. April

Millionen von Amerikanern kauften und assen konsequent kein Fleisch. Vollerorts senkten sich die Fleischpreise. Die Farmer waren wütend, die Rancher bitter, 200 000 Metzger, Schlächter und Fleischpacker wurden vorübergehend arbeitslos.

Wenn Frauen solidarisch zusammenhalten, so können sie viel erreichen. Was grossen Gewerkschaften wäre es ihnen durchaus möglich, ein industrialisiertes, modernes Land buchstäblich lahmzulegen.

Was steckte hinter den Schlagzeilen, den TV-Programmen, den Demonstrationen? Hinter Chäschüechli, Spinatwähen und Fischfilets? Was bewegte die amerikanischen Hausfrauen zu diesem Aufstand?

Lebensmittel im allgemeinen und Fleisch im besonderen waren in Amerika immer relativ billig. Als Europäer ist man angenehm überrascht, wieviel man für sein Geld in einem der modernen, reichgefüllten Läden bekommen kann. 1972 musste der Amerikaner für sein Essen 15,7 Prozent des Gehaltes ausgeben (1950 waren es noch 24 Prozent gewesen). Kein anderes industrialisiertes Land kann in diesem Punkte mit den USA konkurrieren. Westdeutsche brauchen 22,5 Prozent, Italiener 31,9 Prozent und Japaner 33,2 Prozent für ihre Nahrung.

Niemand will schuld sein

Die amerikanischen Bauern finden es ausgesprochen unfair, dass sie bei solch einem Boykott als Sündenböcke dastehen sollen. Sie sehen sich im Gegenteil als «Musterschüler» und weisen mit Stolz darauf hin, dass heute ein amerikanischer Farmer genug Nahrung für hundert Personen produziert und es daher ermöglicht, nicht nur die eigene Nation gut zu ernähren, sondern auch noch ins Ausland zu exportieren. Kürzlich wurden grosse Verkäufe an Russland und China getätigt, die nicht nur grosse Einnahmen bedeuteten, sondern für die Amerikaner eine tiefe Genugtuung darstellten, denn das war ein konkreter Beweis, dass das freie System besser funktioniert, das heisst mehr produziert. Eine Wirtin aus Michigan, die öffentlich auf die geldgierigen Farmer schimpfte, erhielt eine persönliche Herausforderung von einem Schweinezüchter aus Nevada. Wenn sie es für einen Tag bei der Arbeit mit seinen Schweinen aushalte, sagte dieser, so werde er sie ein Jahr lang gratis mit Schweinefleisch beliefern. Von einer Fernsehkamera begleitet, machte sich die Frau knietief im Schweinedreck an die Arbeit und hielt

Gönnen Sie sich das Bessere...

Bschüssig

FRISCHEIER-TEIGWAREN



ein Hochgenuss

Gebr. Weilenmann AG, Winterthur

Treffpunkt für Konsumenten

Unzulänglichkeiten an der Verteilerfront

Mit der wachsenden Konzentration der Warenverteilung durch Grossunternehmungen bestätigt sich die Treffsicherheit, mit welcher der amerikanische Nationalökonom J. K. Galbraith in seinen Ausführungen über die Technik der Wirtschaft die Situation der modernen Industriegesellschaft umschreibt, wo «die Souveränität des Konsumenten durch diejenige des Anbieters in seiner Gestalt als Grossunternehmen mindestens teilweise verdrängt wird und dass ein System entstanden sei, in welchem der Produzent weit mehr das tatsächliche Güter- und Leistungsangebot bestimme als der Verbraucher».

Seine Schlussfolgerungen sind wenig ermutigend und werden leider immer mehr durch die Erfahrungen im täglichen Leben bestätigt.

Bei allem Verständnis für gewisse Rationalisierungen innerhalb der Produktion und Warenverteilung wächst dennoch das Unbehagen in den Reihen der Konsumenten angesichts der immer offener zutage tretenden Tendenz der Grossproduktion und Grossverteilung, den Konsumenten völlig in ihren Griff zu bekommen und durch unternehmerische Einmischungen in Form abgepackter Lebensmittel, bei Haushaltsgesamtheiten, Bekleidungsartikeln, ja sogar selbst im persönlichen Bereich des Wohnens und der Lebensgestaltung die Verbrauchereinstellung auf die Renditerwartung der Unternehmer zurechtzubiegen. Es wird mit Käuferwünschen argumentiert, die nur zu einem kleinen Teil sich bestätigen lassen, und der Kunde wird oft gezwungen, Dinge zu kaufen, die er gar nicht will. (Weil gewünschte Waren nicht mehr zu haben sind. Red.)

Beninnung tut not

Der überhandnehmende Zwang im Gütersortiment wird heute leider immer mehr noch durch den Zwang der Verkaufskonzentration ergänzt. Mit dem nicht nur wirtschaftlich, sondern ebenso sehr sozial und ökonomisch verhängnisvollen Sterben kleiner Geschäfte und Betriebe einerseits und einer bedenklichen Förderung von isolierten Einkaufszentren andererseits scheint nun der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo einer zusehends wirklichen fremden Planungs- und Organisationsbesseren der Kampf angesagt und zur Beninnung auf das dem

Gesteigerte Kauflust

Es ist notwendig, dass alle Träger von Wirtschaft und Gesellschaft, Produzenten und Verbraucher, sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Das quantitative Wachstumsstreben muss mehr in die Tiefe und mehr in die Richtung des Erbringens echter Dienstleistungen gehen.

Was zum Beispiel derzeit im Bau überdimensionierter Einkaufszentren und Verbrauchermärkte geschieht, sprengt bei weitem die echten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und bringt der Allgemeinheit durch den damit verbundenen zusätzlichen Motorfahrzeugverkehr und die Infrastrukturaufgaben an verschiedenen Orten mehr Belastungen als Nutzen. Sollten alle zurzeit geplanten Einkaufszentren gebaut werden, so würde, gemäss Schätzungen von planerischer Seite, die Kapazität für zehn Millionen Einwohner ausreichen (Wohnbevölkerung 1972: 8,34 Millionen). Was hier in bezug auf Anheizen der Kauflust und der Renommierfreude geschieht, hat mit Konjunkturdämpfung oder Stabilität im Rahmen der Marktwirtschaft wenig zu tun. Damit soll nichts gegen modernes Marketing oder gegen notwendige Struktur Anpassungen und Modernisierungen im Gross- und Detailhandel gesagt sein, die den Konsumenten wirklich dienen.

Professor Dr. Ernst Jaggi, Winterthur, Direktionspräsident VÖLG

Menschen und seinen Bedürfnissen Gemässe aufgerufen werden sollte. Die wachsende Missachtung unwandelbarer menschlicher Belange, sei es im Wohnungs-, Siedlungs- oder Wirtschaftsgebiets, hat bereits zu folgenreichen Auswirkungen geführt, und man muss es als völlige Fehlplanung bezeichnen, wenn Ueberbauungen ohne Berücksichtigung der unumgänglichen wirtschaftlichen Infrastruktur gutgeheissen werden.

Mit dem Verschwinden quartiereigener Geschäfte wird eine sinnvolle Warenverteilung und Dienstleistung ausgerechnet in einem Zeitpunkt in Frage gestellt, wo sich schon aus rein verkehrstechnischen und damit auch den Umweltschutz berührenden Gründen eine Dezentralisierung der Versorgungsmöglichkeiten aufdrängt. Die mit den Grossverkaufszentren zusätzlich angeheizte motorisierte Völkerwanderung zufolge der grossen Distanzen zwischen Wohn- und Einkaufsort müsste bekämpft werden, kann damit doch nur einem Teil der Bevölkerung gedient, nicht aber den täglichen kleinen Bedürfnissen einer Familie mit kleinen Kindern oder älteren, gebrechlichen oder sonstwie behinderten Leuten ent-

Lebensmittelkontrolle

Bessere Ausbildung der Ortsexperten - Sache der Kantone

Der Bundesrat hat im Nationalrat ein Postulat beantwortet, das eindrücklich auf die Probleme der heutigen Lebensmittelkontrolle hinweist. Nationalrätin Martha Ribl befasste sich in der Postulatsbegründung mit der Ausbildung der Ortsexperten recht kritisch: «Im Kanton Zürich erfolgt sie während rund sieben Stunden an einem einzigen Tag, wobei ungefähr die Hälfte dieser kurzen Zeit für administrative Weisungen verwendet werden muss. Gelegentlich werden Fortbildungskurse veranstaltet, die jedoch freiwillig sind und von vielen Gemeinden nicht benützt werden. Die meisten Ortsexperten bringen kaum eine entsprechende Vorbildung mit. Ihre Wahl erfolgt nicht selten aus politischer Oberveran. Ihre Befähigung in kleineren Gemeinden ist geradezu sprichwörtlich; - der Schwager vom Leuener und der Vetter vom Milchhändler.»

Der Bundesrat unterstrich in der Antwort, dass die Kantone nach eigenem Lebensmittelschutz für die Einsetzung örtlicher Gesundheitsbehörden zu sorgen hätten. «Die örtlichen Gesundheitsbehörden sind den kantonalen Aufsichtsbehörden unterstellt, sind aber befugt, selbst einzelne Mitglieder oder besonders Beamte (Ortsexperten) mit der Vornahme von Inspektionen oder mit der Vorprüfung von Lebensmitteln zu betrauen. Im weiteren sind die Kantone nach Lebensmittelschutz ermächtigt, für die Lebensmittelinspektoren, die Ortsexperten und die Fleischschauer Instruktionkurse durchzuführen. Schliesslich enthält die bundesrätliche Verordnung betreffend die technischen Befugnisse der kantonalen Lebensmittelinspektoren und der Ortsexperten die Bestimmung, wonach die Aufstellung näherer Vorschriften über die Instruktionkurse den Kantonen anheimgestellt wird.

Gestützt auf das Lebensmittelgesetz gewährt der Bund je nach der Finanzkraft der Kantone 30 bis 50 Prozent an die Kosten der kantonalen Instruktionkurse.

Es zeigt sich somit, dass gestützt auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Kantone ohne weiteres die Möglichkeit besitzen, für eine einheitliche und umfassende Ausbildung der

sprochen werden. Es dürfte weder sinnvoll noch verantwortbar sein, die Konsumenten mangels kleiner Geschäfte in der Nähe des Wohnortes wegen relativ kleiner Einkäufe zu zwingen, das Auto zu benützen.

Frauen sollten mitreden

Angesichts der sich mehrenden Versorgungslücken müsste es vor allem die Aufgabe der nun mitspracheberechtigten Frauen sein, an geeigneten Stellen einmal ihren Einfluss in Richtung einer mehr den menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Versorgungsplanung geltend zu machen. Männer sind oft nur zu sehr von ihren technischen Planungsbildern fasziniert, welchen man sinnvollerweise eine etwas wirklichkeitsbezogenere Alternative entgegenhalten müsste, soll das menschliche Zusammenleben noch einigermaßen gut funktionieren. Dass die Rationalisierung nicht nur auf Kosten der Konsumenten erfolgt, sondern ebenso sehr auch planerische, versorgungstechnische, wettbewerbspolitische und fiskalische Nachteile von nicht zu unterschätzender Bedeutung in sich birgt, war bereits letzten Sommer aus einem Artikel in der «NZZ» ersichtlich. Es dürfte also angezeigt sein, den einzelnen Plänen im Markteschehen einen dem Allgemeininteresse dienende Konzeption entgegenzustellen und angesichts der unabänderlichen Verkettenungen innerhalb des Wirtschafts- und Sozialgeschehens dafür zu sorgen, dass der Mensch nicht restlos zur «Konsummaschine» umfunktioniert wird.

E. St.-S.

Das KonsumentInnenforum sieht vor, seine Informationsstagung im Anschluss an die Generalversammlung am 28. Juni 1973 der Frage des «Ladensterbens» zu widmen. hc

Verantwortliche Redaktion:

Hilde Custer-Özceret
Vorstandsmitglied
des KonsumentInnenforums

Brauerstrasse 62
9016 St. Gallen
Telefon 071 24 48 89

bis jetzt gemachten Erfahrungen zeigen, scheint sich diese Arbeitstellung bestens zu bewähren.

Was schliesslich die Deklaration von Lebensmitteln betrifft, darf darauf hingewiesen werden, dass das Eidgenössische Gesundheitsamt bereits einen Entwurf zur Revision der Lebensmittelverordnung ausgearbeitet hat, der die Deklaration von Zutaten und Zusatzstoffen in Lebensmitteln obligatorisch vorschreibt. Der Entwurf ist von der Eidgenössischen Ernährungskommission, in der alle interessierten Kreise einschliesslich der Konsumenten vertreten sind, gutgeheissen worden. Es darf damit gerechnet werden, dass die Deklarationsvorschriften in absehbarer Zeit in Kraft gesetzt werden können.»

Stiftung für Konsumentenschutz (SKS)

Was Hänschen nicht lernt . . .

Es ist manchmal nicht eben leicht und dankbar, Erwachsenen ihre Bedeutung als Konsumenten verständlich zu machen und sie zu einem entsprechenden Verhalten anzuleiten. Denn in einem Alter, in dem die Menschen bereits bewusste Konsumenten sein sollten, ist ihr Handeln vom Wünschbaren oft weit entfernt und lässt sich kaum mehr ändern. Getrimmt auf ein Lieblingsprodukt oder eine Lieblingswerbung sind viele Verbraucher nicht imstande, die Gebrauchstauglichkeit und den zu erwartenden Nutzen verschiedener Produkte gegeneinander abzuwägen. Da halten sie sich lieber an die scheinbar erprobten Regeln des Alltags und versuchen nicht lange, kritische Konsumbewusstsein zu üben. Lieber lassen sie sich diese geistige Abstinenz etwas kosten.

Erziehung zur Kritik

Konsumbewusstsein sollte möglichst in jungen Jahren erworben werden. Die kritische Vernunft muss geschärft werden, bevor man auf falsche, durch Gewohnheit aber liebgewordene Verhaltensformen festgelegt wird. Geltungskonsum, Prestigegefühle und blinde Nachahferlei jeder Modeströmung kann eben nur ein zu geistiger Unabhängigkeit gelangter Verbraucher vermeiden und sich über Austausch lustig machen. Hiefür bedarf es vor allem einer richtigen Informationsauslese. Der heutigen Flut

Konsument und Bundesverfassung

Im Sachregister unserer Bundesverfassung wird man vergeblich nach dem Begriff «Konsument» suchen. Staatsrechtlich existiert er einfach nicht. Bereits seit einiger Zeit sind nun Studien im Gang, um abzuklären, ob die heutige Verfassung dem Bundesrat Rechtsgrundlagen gibt, um konsumentenpolitische Begehren zu verwirklichen.

Der Auftrag zu diesen Abklärungen erging zunächst an die Eidgenössische Kommission für Konsumentfragen, die dafür eine spezielle Subkommission einsetzte. Wie dem Geschäftsbericht 1972 der Eidgenössischen Kommission zu entnehmen ist, verschaffte sich die Subkommission einen umfassenden Überblick über die Vorstellungen der Konsumentenorganisationen. In einem Exposé wurde dargelegt, für welche konsumentenpolitischen Massnahmen nach den bisherigen Abklärungen die Verfassungsgrundlage vorhanden sei, für welche sie fehle oder strittig sei. Im Kreuzfeuer der Meinungen steht vor allem Artikel 31bis, Absatz 2 (Wirtschaftsartikel), der folgendermassen lautet:

Unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft kann der Bund Vorschriften erlassen über die Ausübung von Handel und Gewerben und Massnahmen treffen zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige oder Berufe.

Ein Teil der Kommissionsmitglieder ist der Ansicht, dieser Artikel lasse

von Pseudoinformationen, in denen Entscheidungen und Verhaltensweisen schon vorprogrammiert sind, muss die Sachinformation entgegengesetzt werden, welche nur mit Hilfe echter Denkarbeit genutzt werden kann. PKF



SIH informiert über Bodenpflege

Fussböden müssen aus hygienischen Gründen sauber gehalten werden, belohnen aber eine entsprechende Reinigung und Pflege durch schönes, wohlliches Aussehen und längere Lebensdauer.

Jedes Frühjahr häufen sich beim SIH die Anfragen über Bodenpflegeprobleme. Die immer noch wachsende Vielfalt der Beläge, besonders der Teppichböden, lässt mancherorts ein Gefühl der Unsicherheit aufkommen. Neuartige Beläge, ein Riesenangebot an Pflegemitteln, eine grosse Auswahl an modernen Reinigungsgeräten! Was ist zweckmässig? Was erleichtert die Arbeit?

Alle diese Fragen haben das Schweizerische Institut für Hauswirtschaft veranlasst, sein Merkblatt über Bodenpflege neu herauszugeben. Anhand übersichtlicher Tabellen lässt sich leicht feststellen, welches Produkt für welchen Belag geeignet ist und mit welcher Arbeitsmethode man sein Ziel am besten erreicht.

Um eine falsche Behandlung zu verhindern ist es allerdings unerlässlich, die Art des Bodens genau zu kennen. Im Zweifelsfall lohnt es sich, den Hausbesitzer beziehungsweise den Lieferanten zu fragen, denn man muss unter Umständen tief ins Portemonnaie greifen, wenn es gilt, einen Belag zu ersetzen, der durch eine Fehlbehandlung unansehnlich oder gar schadhaft geworden ist. Ueberbietet der Hausmeister seinen Mietern beim Einzug das Merkblatt und bezeichnet darin, welcher Belag in welchem Raum ist, so schafft er von Anfang an eine klare Situation.

Die Publikation umfasst zwölf Seiten und kostet Fr. 3.50 plus Porto. Sie kann jederzeit telefonisch bestellt werden (Telefon 01 28 95 50) oder durch Einzahlung auf Postcheckkonto 80-41 571 oder Einsendung von Briefmarken an das SIH, Nordstrasse 31, 8035 Zürich.

eine Förderung der Konsumentinformation über eine Subventionierung der Konsumentenorganisationen oder durch Errichtung einer öffentlichen Anstalt zu. Er bietet auch die Möglichkeit, polizeiliche Gesetze zur Bekämpfung von Missbräuchen und Täuschungen, zum Beispiel bei Konsumkrediten, Haustürverkäufen im Werbe-, Ausverkauf- und Zugabewesen zu erlassen. Eine andere Meinung innerhalb der Kommission lehnt diese Interpretation ab und ist der Auffassung, dass ein besonderer Verfassungsartikel für die Förderung der Konsumentenangelegenheiten geschaffen werden muss. (Die Redaktorin auch!)

Wäre ein besonderer Verfassungsartikel nicht erforderlich, dann könnte man daran gehen, eine entsprechende Gesetzgebung zu konzipieren. (Unser bescheidenen Auffassung nach, ergäben sich daraus nur unendliche Wortklaubereien über die Interpretation des oben zitierten Artikel 31bis, Absatz 2 der Bundesverfassung.) Die Subkommission, die sich mit dieser Frage auseinandersetzt, war sich immerhin darüber im klaren, dass mit einem Gesetzeskonzept aufgrund von Artikel 31bis, Absatz 2 die gegenteilige Meinung nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Es wurde daher dem Volkswirtschaftsdepartement empfohlen, über den vorliegenden Problemerkis die Gutachten anerkannter Staatsrechtler einzuholen. Diesem Wunsch hat das EVD entsprochen. hc

(Fortsetzung von Seite 3)

krafte. Das «irgendwie» führt dabei meist zu höheren Lohnforderungen. George Meany, der Präsident der mächtigen AFL-CIO-Gewerkschaft, hat gedroht, dass sich die Arbeiterschaft diese hohen Lebensmittelpreise beim heutigen Stand der Löhne nicht gefallen lasse. Vier Millionen Arbeiter werden in diesem Jahr ihre Verträge erneuern und höhere Forderungen sind zu erwarten.

Wie diese Inflation stoppen, wenn nicht durch einen Boykott? Experten führen aus, dass dieser nicht erfolgreich sein könne: Diejenigen, die es am wenigsten verdienen (nämlich Käufer, die den Boykott nicht mitmachen), würden von den niedrigen Preisen während dieser Zeit profitieren. Nachher müssten die Preise, durch die erhöhte Nachfrage, wieder in die Höhe schnellen. Viele Arbeiter und Angestellte würden schuldlos ihre Arbeit verlieren. Die Viehzüchter ihrerseits, in Erwartung niedrigerer Preise, seien versucht, ihre Produktion zurückzu-

stecken, was in einigen Monaten durch ein geringeres Angebot und grössere Nachfrage die Preise automatisch hochschrauben würde.

Fazit

Trotz all dieser negativen Voraussetzungen zeigt der Boykott der Amerikanerinnen, dass eine solche Massnahme der Konsumenten erfolgreich sein kann. Die Preise sind gesunken, wenn auch nicht auf der ganzen Linie. Dies erhofft man durch das Weiterführen der zwei fleischlosen Tage noch zu erreichen. Besonders wertvoll ist die Demonstration der Macht der Konsumenten. Sie dient als Warnung, dass es so nicht weitergehen kann. Jeder wird sich etwas anstrengen und anpassen, vermehrt Verschwendungen abbauen und etwas weniger auf seine Interessen schauen müssen. Hohe Preise und Inflation werden nicht durch einzelne Sündenböcke ausgelöst, welche man strafen und ausschalten kann. Grundsätzlich werden sie von uns allen ver-

ursacht. Der Fleischboykott hat unter den amerikanischen Konsumenten ein Gefühl der Einheit geweckt.

Trotz der Ernsthaftigkeit der Sache kommt auch der Humor nicht zu kurz! Amerikanische Karikaturisten haben sich in letzter Zeit besonders eifrig über den Zeichentisch gebeugt. Die Glosse des berühmten Herblöcks spielt zum Beispiel auf die etwas scheinheiligen Aufrufe der Regierung an, die Frauen sollten nicht boykottieren, sondern einfach besser planen und sorgfältig vergleichend einkaufen. Sie zeigt eine Hausfrau im Supermarkt, die den Vorschlägen folgt: «Erstens Einkaufsliste machen... zweitens im Laden sorgfältig vergleichen... drittens Einkaufsliste essen...!»

Margrith Mistry, USA

Wir sind nicht dazu bestimmt, zu einem Volk von Babysittern für Elektronengehirne zu werden.

Leon Bagrit

Müssen Frauen wirklich jeden Blödsinn mitmachen?

Steriekämpferin - ein neuer Frauenberuf

Geteilte Aufnahme hat eine Entscheidung des spanischen Obersten Arbeitsgerichts gefunden, die der Frau auch im Steriekampf Emanzipation sichert. Es wird daran gedacht, für die Frauen geeignete Bullen zu züchten. Als erste Kämpferin will die 25jährige Maria de los Angeles «Angelita» Hernandez in die Arena steigen. «Es gibt nichts, was Männer machen und Frauen nicht machen können», meint sie dazu. «Ich trainiere schon den ganzen Winter und habe zahlreiche Stiere erlegt.»

Angelita, die auch in südamerikanischen Arenen Erfahrung gesammelt hat, hatte sich in ihrem Emanzipationsbestreben an das spanische Ober-

ste Arbeitsgericht gewandt, das nun einen ablehnenden Bescheid in erster Instanz aufgehoben. Angelita muss nun vom spanischen Terrorverband eine Lizenz ausgestellt werden.

Es ist eine Illusion, dass die Jugend glücklich ist, eine Illusion derer, die nicht mehr jung sind; aber die Jungen wissen, dass sie unglücklich sind. Es ist, als wären sie die Opfer einer Verschwörung; denn die Bücher, die sie lesen, und die Gespräche der Älteren, die durch den rosigen Nebel der Vergesslichkeit auf die Vergangenheit zurückblicken, bereiten sie auf ein unwirkliches Leben vor. Und jedesmal, wenn sie mit der Wirklichkeit in Berührung kommen, sind sie wund und zerschlagen.

William Somerset Maugham

Mit Paula Maag
Israel
2 Wochen Fr. 1650.-



Die bekannte Journalistin Paula Maag kennt Israel durch und durch. Mit ihr dieses Land zu bereisen, ist nicht nur eine einmalige Gelegenheit. Diese Reise in der klimatisch günstigsten Jahreszeit wird für jeden Teilnehmer eine ausserordentliche Bereicherung sein und zu einem ungewöhnlich kostbaren Erlebnis werden.

Einmalige Gruppenreise vom 27.10. - 8.11.1973 pauschal Fr. 1650.-

Mehr Ferienvergnügen, weil wir Sie individuell beraten.

Verlangen Sie bitte sofort das Reiseprogramm bei Reisebüro Kündig AG, Bahnhofstrasse 80, Postfach, 8021 Zürich 1, Tel. 01 23 87 20.

kündig reisebüro

Name: _____
 Adresse: _____

▲45.3.22

Kenntnisse der

Graphologie

sind Ihnen in Ihrer Position oft mehr als nur nützlich! Durch unseren brieflichen Unterricht bilden Sie sich in einem Jahr grafologisch aus. Sie erweitern Ihr Allgemeinwissen und erhöhen damit Ihren Bildungsgrad.

Informationsmaterial unverbindlich durch die

Gesellschaft für graphologischen Fernunterricht
 Neumarkt 28/86
 8001 Zürich
 Telefon 01 32 21 81
 Keine Vertreter.



Gegründet 1948

HULL'S SCHOOL OF ENGLISH AND MODERN LANGUAGES

Sprachen im Sprachlabor!
 Französisch, Englisch, Deutsch (für Fremdsprachige), Spanisch, Italienisch

Offizielle Stelle für Cambridge-Prüfungen. Vorbereitungskurse für alle Prüfungen.
 Tel. 28 21 20 Zürich Stampfenbachstr. 88

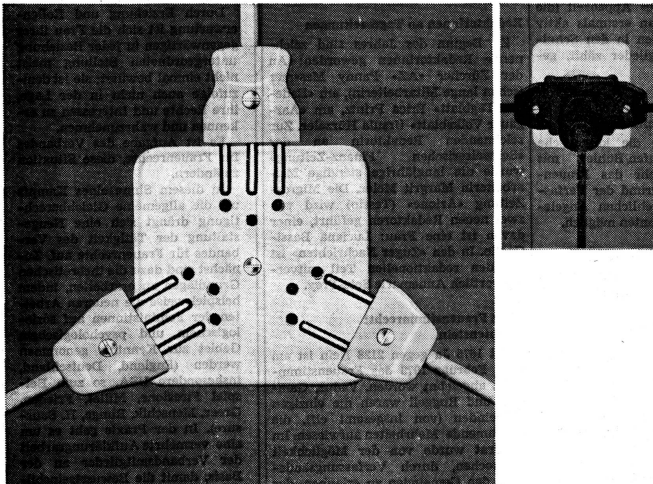
Inserate informieren!

Komfortableres Wohnen mit Feller-Zwei- und Dreifach-Steckdosen




In Alt- und Neuwohnungen sollen Staubsauger, Fernsehapparat, Grammophon, Radio, Bandrecorder, Ständerlampe und all die vielen anderen elektrischen Apparate bequem am Verwendungsort angeschlossen werden können, doch meistens fehlen genügende Anschlussmöglichkeiten. Diesem unerfreulichen Zustand wird mit dem Auswechseln der gewöhnlichen Steckdose durch die Feller-Zwei- oder Dreifachsteckdose auf einfache Art begegnet. Wenn Sie einen Neubau projektieren, gestalten Sie dessen elektrische Installationen zukunftsicher durch die Montage von genügend richtig disponierten Feller-Zwei- und Dreifach-Steckdosen.

Adolf Feller AG, 8810 Horgen, Telefon 051/82 16 11



Adolf Feller AG Horgen

Allgemeine Krankenpflege

Ein Beruf für aufgeschlossene, sozial interessierte junge Menschen

Eine sinnvolle, dankbare Aufgabe, Kontakt mit dem Menschen und ein vielseitiges Arbeitsgebiet.

Was bietet der Beruf?
 Gesicherte Existenz, neuzeitliche Arbeitsbedingungen, wie geregelte Arbeits- und Freizeit sowie grosszügige Ferien. Interessante Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Ausbildung zu diesem Beruf erhalten Sie an der nach modernen Grundsätzen geführten kantonalen **Krankenschule** für

Krankenschwestern und Krankenpfleger am Kantonsspital Winterthur

Dauer der Ausbildung: 3 Jahre.

Die Schule ist seit 1953 vom Schweizerischen Roten Kreuz anerkannt und unentgeltlich. 67.040.070

Auskünfte durch die Schulleitung: Telefon (052) 86 41 41



Krankenpflege-Schule Kantonsspital Winterthur

Haushaltungslehrerinnenseminar des Kantons Zürich

Aufnahmeprüfung: Ende August 1973

Zulassungsbedingungen:
 - bis zum 30. September 1973 vollendetes 18. Lebensjahr
 - 6 Jahre Primarschule
 - 3 Jahre Sekundarschule
 - 2 Jahre Mittelschule
 - hauswirtschaftliches Praktikum

Kursort: Pfäffikon ZH
 Anmeldung; bis spätestens 4. Juli 73

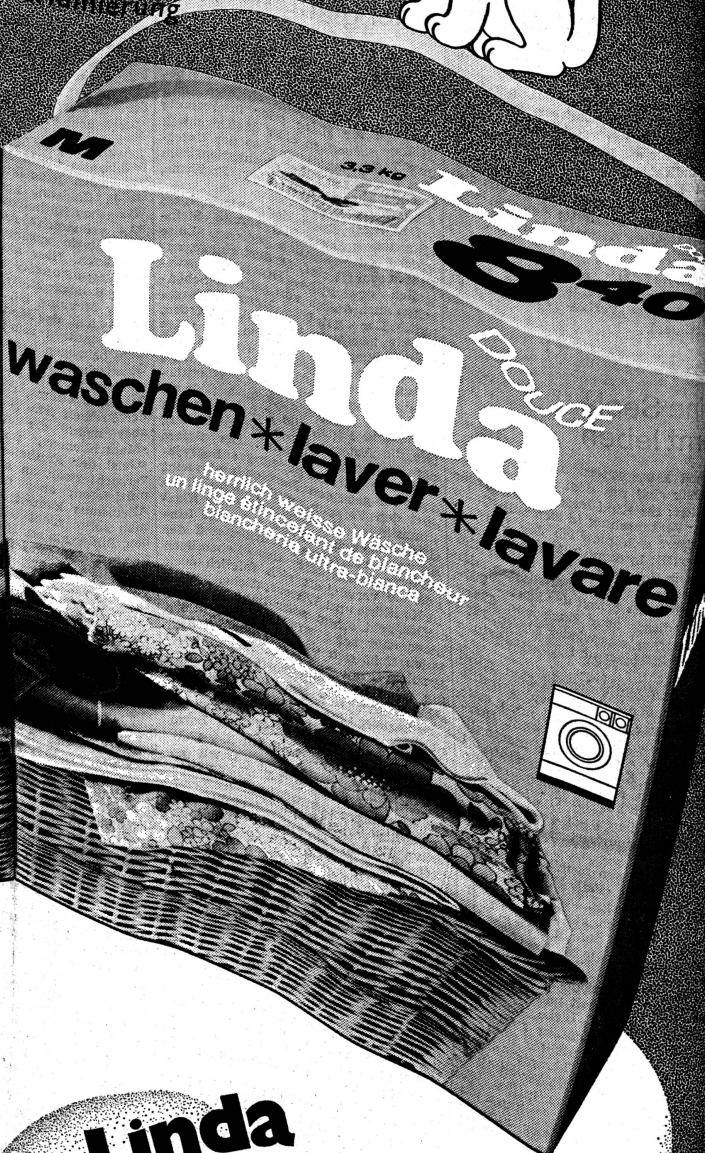
Anmeldeformulare und Auskunft: Direktion des Haushaltungslehrerinnenseminars des Kantons Zürich Oberstufenschulhaus Pfäffikon 8330 Pfäffikon, Telefon 01 97 60 23

Ausbildungskurs für Haushaltungslehrerinnen
 Oktober 1973 / Frühjahr 1976



Das Wasch-Duo von der Migros

Neu in neuer Qualität und mit neuer Parfümierung



Bella bioflor Ideal zum Vorwaschen

oder als Buntwaschmittel im Automaten bis 60°. Löst allen Schmutz gründlich aus dem Gewebe. Wäscht ohne Bleichmittel schonend und macht die Farben leuchtend frisch.

Jumbopack 3,3 kg **7.20** (kg 2.18²)
Normalpaket 780 g **1.80** (kg 2.30⁸)

Linda douce Hauptwaschmittel

Das Beste für Kochwäsche nach Mass. Wäscht schonend herrlich weiss und extra weich.

Jumbopack 3,3 kg **8.40** (kg 2.54⁵)
Normalpaket 790 g **2.10** (kg 2.65⁵)

Bei Ihrer Migros gibt es jetzt für jeden Waschwunsch die richtigen Waschmittel zum Migros-Preis, in Migros-Qualität, und erst noch mit echter Garantie.

Waschmittel von der **MIGROS** woher denn sonst.